



## >> NEWSLETTER AUS MADRID

### >> **Föderalismusdebatte im Senat**



Statt den Konflikt um den Kurs in der Autonomiepolitik zu entspannen, hat die Senatsdebatte zur „Lage der Autonomen Regionen“ die Kluft zwischen Regierung und Opposition nur noch weiter vertieft. Drei Tage hatte Regierungschef José Luis Rodríguez Zapatero mit den Präsidenten der Autonomen Regionen und den Senatsfraktionen diskutiert, um seine Pläne für die Weiterentwicklung und Reform des spanischen Föderalismusmodells zu erklären und Unterstützung für seine Autonomiepolitik zu finden. Statt der erhofften Annäherung erntete Zapatero jedoch nur scharfe Ablehnung bei der oppositionellen **Volkspartei**. Die regionalen Nationalisten aus Katalonien drohten ihm mit dem Entzug ihrer Unterstützung, sollten ihre Forderungen nicht genügend beachtet werden. Kritik hagelte es ebenso aus seiner eigenen Partei. Die Sozialisten lieferten ein Bild der inneren Zerrissenheit, wie die kritischen Bemerkungen der Vertreter aus Castilla-La Mancha und Extremadura zeigten. Selbst in PSOEgeführten Regionen werden zunehmend Befürchtungen laut, dass Za-

pateros derzeitiger Kurs in eine regionale Zweiklassengesellschaft führen könnte. Obwohl das Thema eigentlich gar nicht auf der Tagesordnung stand, schwebte das Katalanische Autonomiestatut wie ein Damoklesschwert über der ganzen Debatte. Andere Punkte, wie die von Zapatero vorgeschlagene Senatsreform und Umwandlung der **Zweiten Kammer** in eine echte Ländervertretung, rückten dagegen in den Hintergrund. Die Vertreter der Volkspartei weigerten sich, diese Frage überhaupt zu diskutieren und bezeichneten sie als nicht prioritär. Das aktuelle Modell würde schließlich funktionieren, äußerte der PP-Fraktionschef im Senat, Pío García-Escudero (Foto). Nur wenn Zapatero einen Gesamtpakt mit der Volkspartei schließe, um das Katalanische Autonomiestatut im Parlament umzuschreiben und an die Verfassung anzupassen, würde man die Reform des Senats unterstützen, machte Mariano Rajoy klar. Der PP-Vorsitzende schlug zudem vor, die nationale Verfassung dahingehend zu ändern, dass die Reform der Autonomiestatuten künftig eine Zweidrittelmehrheit im nationalen



Parlament erfordert. Bisher ist nur eine absolute Mehrheit nötig. Außerdem sollte nach den Vorstellungen der PP ein Katalog von ausschließlich nationalen Kompetenzen in der Verfassung festgeschrieben werden, die nicht an die Regionen abgegeben werden dürfen. Damit soll den zentrifugalen Kräften des spanischen Föderalismusmodells ein Riegel vorgeschoben werden. Für die Regierung war die Senatsdebatte keineswegs der erhoffte Befreiungsschlag. Sie ist weiterhin zwischen den unverhältnismäßigen Forderungen ihrer regional-nationalistischen Partner und der harten Oppositionsfront der Volkspartei eingeklemmt. Ein Ausweg aus dieser Sackgasse ist für Zapatero derzeit nicht in Sicht.

## >> **Gipfeltreffen in Paris über Zuwanderung**

Angesichts der jüngsten Ereignisse in Frankreich und der Zuwanderungswelle in Spanien stand bei dem Gipfeltreffen in der vergangenen Woche in Paris neben der Sicherheits- und Verteidigungspolitik auch das Thema Einwanderung auf der Tagesordnung. In diesem Zusammenhang erklärte der spanische Regierungschef, José Luis Rodríguez Zapatero (Foto), er unterstütze die Politik der Nulltoleranz gegen die Straßenkrawalle und würde ähnlich wie Staatspräsident Jacques Chirac vorgehen, sollten die Ausschreitungen auch auf Spanien übergreifen. In der Hauptstadt



Madrid ordnete die spanische Regierung vorsichtshalber verstärkte Kontrollen und erhöhte Polizeipräsenz für gefährdete Stadtviertel an. Trotz der Probleme vieler Einwanderer könne Gewalt in keiner Situation die Lösung sein. Der Staat habe die Verpflichtung, Ordnung und Einhaltung der Gesetze zu sichern, unterstützte Zapatero das Vorgehen der französischen Regierung. Weiterhin forderte er, die EU müsse sich im Bereich der Einwanderungspolitik verstärkt auf drei Punkte konzentrieren: Koordination der Grenzkontrollen, Zusammenarbeit mit den Ursprungsländern der Zuwanderer und eine neue Entwicklungspolitik bezüglich dieser Länder. Staatspräsident Chirac erklärte im Gegenzug, dass das Problem der illegalen Einwanderer nach Spanien auch ein europäisches sei und sicherte seine Unterstützung zu.

Der Gipfel wurde auch genutzt, um die Schaffung eines Verteidigungs- und Sicherheitsrats zu konkretisieren. Mit diesem bilateralen Gremium, in den die Außen- und Verteidigungsminister integriert werden, soll Spanien stärker in den Aufbau der europäischen Verteidigungspolitik eingebunden werden. Ziel ist zudem die Vertiefung der Zusammenarbeit der beiden Länder im Bereich Militär, Polizei und Geheimdienst.

Die PP kritisierte indes das Verhalten von Zapatero. Er wolle nun die „harte Hand“ zeigen, habe aber durch die nicht mit den anderen EU-Partnern abgestimmte Legalisierung illegaler Einwanderer we-

sentlich dazu beigetragen, dass die Zuwanderungswelle angestiegen sei. Spanien müsse, so PP-Generalsekretär Acebes, einen „radikalen Kurswechsel“ in der Zuwanderungspolitik vollziehen, denn die Ereignisse in Frankreich hätten deutlich gezeigt, dass eine liberale Einwanderungspolitik enorme Konsequenzen nach sich zöge.

## >> **Massendemonstration gegen Bildungsgesetz**

Am 12. November demonstrierten in der Hauptstadt Madrid Hunderttausende (die Organisatoren sprechen von bis zu



2 Millionen) gegen die Bildungspolitik der Regierung Zapatero. Die Demonstration gegen das neue Bildungsgesetz LOE (Ley Orgánica de Educación) war vom katholischen Elternverband [Concapa](#) und sechs weiteren Organisationen veranstaltet worden. Auch die spanische Bischofskonferenz und die Volkspartei hatten offiziell zur Teilnahme aufgerufen.

Die von der Regierung Zapatero angestrebte Reform sieht unter anderem vor, das Fach Religion nicht mehr als Pflichtfach zu unterrichten. Die Noten in diesem Fach sollen auch nicht mehr versetzungsrelevant sein. Zudem sollen die Autonomen Regionen mehr Spielraum bei der Ausgestaltung des Lehrplans bekommen.

Katholische Eltern-, Schüler- und Lehrerverbände befürchten eine zwanghaft laizistische und wertfreie

Erziehung. Die katholische Kirche kritisiert, dass die aktuelle Fassung des Textes gegen die in der Verfassung garantierte „Freiheit der Lehre“ verstoße. Das LOE verletze zudem das Recht der Eltern, die religiöse Erziehung ihrer Kinder frei zu wählen. Diese Auffassung vertrat ebenso PP-Generalsekretär Ángel Acebes (Foto), der zudem das Verschwinden eines einheitlichen Lehrplans in ganz Spanien anprangerte. Wenn die Vermittlung der gemein-



samen Werte und Prinzipien, die Spanien einengen, beseitigt würde, wäre auch der Geist als Nation, als Gemeinschaft aller Spanier, gefährdet, so Acebes. Weiterhin kritisierte der PP-Politiker das LOE als Rückkehr zu einem bereits gescheiterten Bildungsmodell der Linken, die lieber alles gleich machen wollten, anstatt die Schüler entsprechend ihren Begabungen zu fördern. Die spanische Jugend würde so ihrer Chancen in einer zunehmend von Globalisierung und Wettbewerb geprägten Welt beraubt, kritisierte Acebes.

Die innenpolitische Debatte um das LOE artet zunehmend zu einem Konflikt zwischen der Katholischen Kirche und der Regierung aus. So hatte der als erzkonservativ geltende Madrider Kardinal Antonio María Rouco Varella im Vorfeld der Demonstration in einem Brief an die Gläubigen das geplante Gesetz als „infam“ bezeichnet. Um die Wogen zu glätten, reiste die Vizeministerpräsidentin, María Fernández de la Vega zwei Tage vor der De-

monstration nach Rom, um mit Vatikan-Vertretern zu sprechen. In den vertraulich geführten Gesprächen soll es nach Regierungsangaben keine Ergebnisse gegeben haben. Man habe weder über gegenwärtige Politikthemen noch über die Proteste gegen das Bildungsgesetz gesprochen. Beide Seiten versprachen Stillschweigen über die „Nichtergebnisse“.

## >> **Dürftige Bilanz nach dem Regierungswechsel in Galizien**



Hundert Tage nach Übernahme der Regierungsmacht in der einstigen Hochburg der Volkspartei im äußersten Nordwesten Spaniens erschien im Auftrag der Tageszeitung „El Correo“ erstmals eine Umfrage zur Regierungspolitik der neuen galizischen Koalition aus Sozialisten und Nationalisten. Demnach ist die bisherige Regierungsbilanz relativ dürftig. Zwar wird die Regierung überwiegend akzeptiert und bekommt mit 5,4 von 10 Punkten noch knapp positive Noten, doch ist eine Mehrheit der Befragten der Ansicht, dass die Mannschaft des sozialistischen Regionalpräsidenten Emilio Pérez Touriño bisher nichts in Gang gesetzt habe. Kaum einer der Befragten ist in der Lage, wesentliche Maßnahmen zu nennen; am häufigsten wird noch die kostenlose Versorgung der Schüler mit Schulbüchern (Lehrmittelfreiheit) genannt. Ganz im Stile von Minis-

terpräsident Zapatero scheint Touriño in erster Linie auf Imagewandel und eine Änderung des Politikstils zu setzen. Der Regionalpräsident verspricht vorrangig „Bürger Nähe“ und „demokratische Regeneration“ nach 15 Jahren absoluter Mehrheit der Volkspartei. Wesentliche Reformprojekte fehlen aber bislang, wie hinter vorgehaltener Hand selbst Politiker aus den eigenen Reihen zugeben. Allerdings gibt es aus genau diesem Grund auch kaum interne Konflikte zwischen den Koalitionspartnern, welche die Volkspartei vorhergesagt hatte.

Die **galizische PP** selbst steht nach der Wahlniederlage noch mitten in einem Erneuerungsprozess und sucht einen Nachfolger für den langjährigen Vorsitzenden und Landesvater Manuel Fraga. Die Nachfolge soll auf einem Parteitag am



14. und 15. Januar 2006 geklärt werden. Nachdem kürzlich Alberto Núñez Feijoo (Foto), Ex-Vizepräsident Galiziens, seine Kandidatur offiziell bekannt gegeben hat, stehen nun vier Kandidaten zur Wahl. Feijoo gilt als Favorit des nationalen PP-Chefs Mariano Rajoy. Eine Niederlage Feijoos kurz vor dem nationalen Parteitag der Volkspartei Anfang März 2006 könnte auch Mariano Rajoy empfindlich schwächen. Bislang lassen sich allerdings kaum seriöse Aussagen über die Chancen der verschiedenen Kandidaten treffen.



## >> Oberster Gerichtshof verurteilt Batasuna-Chef wegen Majestätsbeleidigung



Arnaldo Otegi, Chef der verbotenen ETA-Partei Batasuna, wurde am 4. November vom Obersten Strafgericht in Madrid zu einem Jahr Gefängnis wegen Majestätsbeleidigung verurteilt. Er hatte König Juan Carlos I in einer öffentlichen Rede, in der er Spanien der Unterdrückung des Baskenlands bezichtigte, als „Chef der Folterer“ bezeichnet. Ob Otegi tatsächlich ins Gefängnis muss, ist noch nicht klar. Gegen das jetzige Urteil, das einen Freispruch des baskischen Gerichtshofes aufhob, will er Berufung einlegen. Am 22. November steht Otegi erneut vor Gericht, weil ihm Zugehörigkeit zu einer terroristischen Vereinigung vorgeworfen wird.

## >> Frankreich liefert prominentes Mitglied der ETA an Spanien aus



Die ETA-Terroristin Belén González Peñalba mit dem Decknamen „Carmen“, der Beteiligung an fünf Morden und zahlreichen weiteren Verbrechen vorgeworfen wird, muss sich nun vor der spanischen Justiz verantworten. Als Unterhändlerin spielte sie eine wichtige Rolle beim Waffenstillstandsabkommen zwischen der Re-

gierung Aznar und ETA, welches die Terrorbande zur Aufrüstung und Reorganisation nutzte, um den Terror nach den gescheiterten Verhandlungen mit unverminderter Härte fortzusetzen. Bereits 1989 hatte „Carmen“ an Verhandlungen der ETA mit der Regierung von Felipe González in Algerien teilgenommen, die ebenfalls scheiterten. Als Pistolenschütze des „Kommandos Madrid“ verübte die Terroristin mehrere Attentate. Carmen wurde bereits im Oktober 1999 in Frankreich festgenommen und verbüßte dort eine Haftstrafe wegen Rekrutierung von Terroristen. Nun wurde sie von den französischen Behörden an Spanien überstellt, wo sie sich wegen zahlreicher weiterer Verbrechen verantworten muss. Sprecher der spanischen und französischen Regierung lobten bei dieser Gelegenheit die gute bilaterale Zusammenarbeit im Kampf gegen die ETA.

### Impressum:

Konrad Adenauer Stiftung e. V.  
Außenstelle Madrid  
Inhaltlich Verantwortlich:  
Michael Däumer  
Zusammengestellt:  
Stefan Reith  
Lucía Fariña  
Design: Normann Kreuter  
Postanschrift:  
Paseo de la Castellana 167  
28046 Madrid, España  
Tel: (+34) 91 579 61 86  
Fax: (+34) 91 571 86 12  
Email: [kasmad@gmx.net](mailto:kasmad@gmx.net)  
Web: [www.kas.de/espana](http://www.kas.de/espana)